



Kommentar

Zur COVID-19-Krise und zum Umgang damit

Günther Jonitz schreibt im Editorial der Maiausgabe der BERLINER ÄRZTE: „[...] die Menge macht's“ und meint damit, was wir alle gelernt haben: Ziel ist, „Flatten the Curve“ – die Kapazitäten im Gesundheitssystem dürfen zu keinem Zeitpunkt überschritten werden. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hingegen erinnert uns daran, dass es im Umgang mit der Corona-Krise womöglich noch andere Kriterien als nur einen in Absolutheit gesetzten „Schutz des Lebens“ gibt. In Talkshows wurde auf unterschiedlichem Niveau diskutiert, was er damit gemeint haben könnte. Aber mit Blick auf die Freiheitsbeschränkungen, die gesundheitlichen Nebenrisiken und Kollateralschäden sowie auf die wirtschaftlichen, kulturellen und existenziellen Verwüstungen, die im Zuge der Pandemiebekämpfung in Kauf genommen werden, muss man sagen: Es ist doch offensichtlich, was er meint. Nämlich: Wir müssen aufpassen, dass wir im Zuge der rein virologischen Schutzmaßnahmen nicht einen viel größeren Gesamtschaden verursachen. Dazu Schäuble: „Wenn es überhaupt einen absoluten Wert in unserem Grundgesetz gibt, dann ist das die Würde des Menschen. Die ist unantastbar. Aber sie schließt nicht aus, dass wir sterben müssen.“ Insofern geht es nicht nur um die Menge. Es geht um das Wann und Wie. Und um eine vernünftige Verhältnismäßigkeit: Ist die Würde noch vorhanden, wenn Menschen um ihre Existenz bangen müssen und sie nicht mehr arbeiten können? Ist die Würde gewahrt, wenn wir Enkel und Großeltern voneinander trennen, ohne sie zu fragen, ob sie das wollen? Und wie steht es um die Würde, wenn Milliarden Kinder keine Schulbildung erhalten? Dabei werden zentrale Public Health-Themen und weitere

Determinanten, die die Gesundheit beeinflussen, wenig beachtet: Die Bevölkerung bewegt sich weniger. Sie nimmt zurzeit kollektiv an Gewicht zu. Der Alkoholkonsum ist bis zu 40 Prozent gestiegen. Bildung und sozialer Austausch finden weit weniger statt und das führt wiederum zu Vereinsamung. Existenzängste und weitere psychische Belastungen nehmen zu. Das alles sind Faktoren, die unsere Gesundheit beeinflussen, und zwar möglicherweise in einem stärkeren Maße als es jede Infektionserkrankung jemals schaffen wird. Dramatisch wirkt sich dies bei Kindern aus: Wochenlanges Eingesperrtsein, weniger Bildung, eingeschränkte soziale Kontakte, Aufwachsen mit maskierten und verängstigten Erwachsenen und unlogischen Regeln. Dabei muss man sich auch große Sorgen um Kinderschutz und Kindesmissbrauch machen. Und um eine plötzlich brüchig gewordene medizinische Versorgung: Neudiagnosen bei Krebserkrankungen werden nicht gestellt, Impfungen werden verschoben und sogar Schuleingangsuntersuchungen (ein Meilenstein in der Kontrolle des Entwicklungs- und Gesundheitszustandes) werden abgesagt. Und das nicht nur hier in Deutschland. Kinderhilfsorganisationen auf der ganzen Welt warnen vor den Lockdown-Folgen für die Kinder: noch mehr Hunger, noch mehr Armut und noch weniger Impfungen. Aktuell wurde 80 Prozent weniger Impfstoff verabreicht, weil schlichtweg kein Flugzeug mehr in die entsprechenden Länder fliegt. Die Debatte um die Bewältigung der COVID-19-Pandemie wird oft monothematisch und nicht abschließend geführt. So etwa auch im Zusammenhang mit einer aufwendig zu einer Krankenstation umgebauten Messeh-

alle, die allerdings OHNE Pflegepersonal dasteht. Wie soll das gehen? Ohne Pflege können ernsthaft Kranke nicht gesund werden. Damit sind viele weitreichendere soziale Fragen noch gar nicht gestellt. Was macht es mit uns Menschen, wenn wir gesellschaftlich Abstand nehmen (müssen) und die Länder (selbst in Europa) wieder mehr gegeneinander kämpfen als zusammenzustehen? Was bedeutet es, wenn sich Nachbarinnen und Nachbarn gegenseitig das Ordnungsamt vorbeischieben, weil sich jemand nicht an die Regeln hält?

Aktuell werden die bestehenden Einschränkungen der Freiheit mit dem vermeintlich unantastbaren Recht auf Gesundheit und Leben gerechtfertigt. Dabei spielt der Faktor Angst eine beunruhigend dominante Rolle im Diskurs des Krisenmanagements. Dabei ist Angst doch nie ein guter Ratgeber! Wir können nur hoffen, dass wir eines Tages, wenn die Krise überstanden ist, mit nüchternem Blick und frei von Druck und Angst die Lehren aus dieser Krise ziehen können.

Dr. Susanne von der Heydt

Mitglied des Vorstandes der Ärztekammer Berlin

Verschoben

Der
**9. Fortbildungskongress der
 Ärztekammer Berlin**
 in Kooperation mit der Arzneimittel -
 kommission der deutschen Ärzteschaft
 wurde aufgrund der aktuellen
 Situation auf das kommende
Frühjahr verschoben.